

Bezugspreis:

Vertriebspreis: 20 Pf. monatlich 10 Pf. für 6 Monate 50 Pf. für ein Jahr. Bei Vorbestellung 10% Rabatt. Unter Ausschluss der Deutschen und Österreichischen Postämter. Für das übrige Ausland der tägliche einmalige Postzuschlag 20 Pf. Bei Bestellungen nehmen an: Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Island, Norwegen, Schweden und die Schweiz. — Insetts sind die Postämter beizugeben.

Der „Vorwärts“ mit der Gewerkschaftsliste „Voll u. Red.“ erscheint wöchentlich zweimal: Sonnabend und Montag.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Nummernzeilen betragen 10 Pf. für den ersten Tag, 8 Pf. für den zweiten Tag, 6 Pf. für den dritten Tag, 4 Pf. für den vierten Tag, 3 Pf. für den fünften Tag, 2 Pf. für den sechsten Tag, 1 Pf. für den siebten Tag, 1 Pf. für den achten Tag, 1 Pf. für den neunten Tag, 1 Pf. für den zehnten Tag. Bei längerer Dauer des Anzeigenauftrags sind besondere Abmachungen zu treffen. Die Anzeigen müssen bis 5 Uhr nachmittags im Druckerei-Büro des „Vorwärts“ eingereicht werden. Die Anzeigen werden von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 11. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11752-54.

Amerika und die Rheinlandreden.

W.B. meldet: Wie wir hören, hat die amerikanische Regierung sich an dem Schritt der drei Befehlshaber wegen der Rheinlandreden der Minister offiziell nicht beteiligt. Eine solche Beteiligung war schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Vereinigten Staaten amtlich hier nicht vertreten sind. Es hat nur eine inoffizielle Demarche stattgefunden.

Frankreich sperrt die Gelder.

Konstantin Stimmengahl.

Athen, 11. Dezember. Das offizielle Ergebnis der Volksabstimmung ist folgendes: 909 064 Stimmen für die Rückkehr Konstantins, 110 383 dagegen, 1190 Stimmzettel waren ungültig, 1003 unbeschrieben. Bei den Wahlen am 14. November betrug die Zahl der abgegebenen Stimmen 852 371. Der französische Gesandte hat gestern abend dem Ministerpräsidenten Ribbentrop eine Note der französischen Regierung übergeben, die enthält, daß Frankreich im Falle der Wiedereinsetzung Konstantins Griechenland jede weitere finanzielle Mitwirkung versagt. Daraus meldet heute, daß Ministerpräsident Ribbentrop das Telegramm, das Konstantin zurückweist, noch nicht abgefordert hat.

Schweizerischer Parteitag.

Bern, 10. Dezember. Auf dem Schweizerischen sozialdemokratischen Parteitag wurde die Frage des Beitritts zur Dritten Internationale behandelt. Das einleitende Referat hielt Grimm, der ausführte, daß die Geschäftsleitung auf dem Boden der Diktatur des Proletariats und des Rätesystems stehe, jedoch nicht alle 21 von Moskau gestellten Bedingungen annehmen könne und daher den Beitritt ablehnen müsse. Das französische Referat gegen den Beitritt hielt Paul Gruber, während Humbert Droz entschieden für Moskau eintrat. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Die Wahrheit über Oberschlesien.

Polnisches im „Peuple“.

Im Oberschlesien wird und geschieht:
Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaften, Josef Adamel, beugt sich nicht mit seiner Tätigkeit in Oberschlesien, sondern versucht, auch darüber hinaus die Internationale für seine Sache zu mobilisieren. In diesem Zweck hat er anlässlich seiner Anwesenheit in London dem Redakteur des „Peuple“, Delsime, eine Unterredung gewährt, in der er die ober-schlesischen Verhältnisse ganz einseitig im polnischen Sinne darstellt. Er schildert die Deutschen in Oberschlesien als eine Herrenrasse, die das ober-schlesische Volk in brutaler Weise beherrscht und durch ab-

teuernde entlassene Soldaten terrorisiert. Die Internationalisierte Kommission könne den Polen keinen Schutz gewähren, nur die Franzosen seien unparteiisch, die Engländer ständen dagegen auf Seiten der Deutschen. Dieser Bericht gibt dem Genossen Delsime Anlaß, zum Schluß selber auszurufen: „Möge die vom Versailler Friedensvertrag vorgesehene Volksbefragung dem Martyrium dieser flehigen Bevölkerung ein Ziel setzen!“

Zunächst wer ist Adamel? Er war Schüler einer deutschen Gewerkschaftsschule, wurde dann Redakteur der von den deutschen Genossen finanziell unterstützten „Gazeta Robotnicza“ und gründete, als er einen von ihm erstrebten Posten in Deutschen Bergarbeiterverband nicht erhielt, die polnische Bergarbeitergewerkschaft. Er wurde dann später ein leidenschaftlicher Agitator der polnischen Sache und schreckte dabei selber vor Drohungen und Gewalttätigkeiten nicht zurück. Im Dezember 1918 rief er in einer Versammlung in Katowitz aus: „In drei Wochen haben wir alle Deutschen aus Oberschlesien hinaus!“ Als er dann auf diese Bemerkung festgenommen wurde, wollte er sie abstreiten, aber die ganze Versammlung rief ihm zu, daß er ein Lügner sei.

Sachlich ist zu bemerken: Das Vorhandensein einer starken deutschen Sozialdemokratie in Oberschlesien ist der beste Beweis, daß das Deutschtum in diesem Lande nicht nur als „Herrenrasse“ existiert. Richtig ist, daß ein großer Teil der Bevölkerung polnisch spricht, aber das ist noch kein Beweis dafür, daß es zu Polen will, dem es staatslich niemals angehört hat. Wäre bloß die Muttersprache für die staatliche Zugehörigkeit entscheidend, was müßte dann der „Peuple“ dazu sagen, daß Eljasz-Bohringen jetzt ohne vorangegangene Abstimmung zu Frankreich gehöre. Die Abstimmung in Oberschlesien wird zweifellos ergeben, daß viele polnisch sprechende Oberschlesier bei der Deutschen Republik zu bleiben wünschen, von der sie mehr bürgerliche Freiheit, besseren Schutz ihrer Arbeiterinteressen, rascheren Fortschritt zum Sozialismus erwarten als von Polen. Auch die Möglichkeit einer nationalen Unterdrückung wird für die Zukunft abgeschnitten sein, da Oberschlesien nach einem Votum für Deutschland sofort selbständiger Bundesstaat werden kann — wie soll dann das eine Viertel Deutsche, das nach Adamels Behauptung in Oberschlesien existiert, die drei Viertel der polnisch sprechenden Bevölkerung unterdrücken können?

Kommen Ausschreitungen von deutscher Seite vor, ja werden sie von der deutschen Sozialdemokratie gut das entschiedenste verurteilt. Von den schweren Ausschreitungen, die in polnisch-nationalistisch verheißenen Gegenden begangen wurden, weiß Adamel nichts. Will er leugnen, daß sie vorgekommen sind? Es ist nicht sozialistisch-international, nur beim andern Volk Fehler, beim eigenen aber nur Tugenden zu entdecken. Tagelang ist es sozialistisch-international, beiden Teilen gerecht zu werden, und darum hegen wir die sichere Erwartung, daß der „Peuple“ seinen Lesern auch von dieser Entgegnung Kenntnis geben wird.

Sozialisierung und Strafe.

Seit dem ersten Tage der Revolution ist der Ruf nach der Sozialisierung nicht wieder verstummt. In der Presse, in Versammlungen, in Parlamenten und Kommissionen wird diese Frage immer wieder behandelt, ohne daß bisher ein greifbares Ergebnis erzielt wurde. Neben den ungeheuren Schwierigkeiten, die der Sozialisierung in der gegenwärtigen Wirtschaftslage entgegenstehen, ist es vor allen Dingen die Macht des Bürgertums, die ihre Verwirklichung verhindert. Tagtäglich werden neue Zusammenschlüsse industrieller Unternehmungen gemeldet, und immer mehr gerät das ganze deutsche Wirtschaftsleben in die Hände der Stinnes, Ganiel, Thyssen, Stumm und anderer. Während der Reichtum dieser Industriekapitäne ins Riesenhafte wächst, nimmt die Verelendung breiterer Volksschichten immer mehr zu. In ihrer Not halten sie Umschau nach einem Rettungsanker und glauben, daß in diesem Augenblick nur die Sozialisierung, die die Ueberschüsse der Allgemeinheit zuführt, ein solcher ist. Es ist daher kein Wunder, daß das Verlangen nach der Verwirklichung vor allem der Kohlenbergwerke immer lauter, und die Erregung der Arbeiter über die Untätigkeit der Regierung in dieser Beziehung immer größer wird.

Die letzte Nummer der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ zeigt so recht, welchen Grad der Unwille der Massen erreicht hat. In einem: „Die Sozialisierung der Kohle und der Schwerindustrie“ überföhrten Artikel stellt sich das Blatt auf den Boden des Vorschlages I der Sozialisationskommission und fordert neben der Sozialisierung des Verabaus die der mit ihm eng verbundenen Schwer-eisenindustrie. Die Frage, wie die Sozialisierung aus dem Bereich der Betrachtungen herausgebracht werden kann, beantwortet die „M.-Z.“ folgendermaßen:

„In paritätisch zusammengesetzten Kommissionen, im Sinne der Arbeitsgemeinschaft, bezügliche weltumfassende Probleme zur Entscheidung zu bringen, ist vollkändig absurd. Wenn nach Laßalle politische Verfassungsfragen nachfragen sind, so sind Fragen zur Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise nachfragen allerersten Ranges. Deshalb entscheiden nicht mehr oder weniger kluge Verhandlungsstrategien, sondern der Kampf und die Entwicklung realer Machtmittel.“

Dabei beruft sie sich auf eine Aeußerung der „Frankfurter Zeitung“, die in ihrer Nr. 830 bemerkte, daß es über die Vollsozialisierung keine Verständigung, sondern höchstens eine Entscheidung durch politische Macht“ gebe. Der Artikel der „M.-Z.“ schließt dann mit folgendem Martruf:

Der Kampf gegen den Kapp-Putsch wurde geschlossen geführt. Wenn zum Sturze einer reaktionären Regierung der Wapparat des Proletariats in Bewegung gesetzt wurde, warum soll er nicht auch zur Durchführung der Sozialisierung, als Einleitung des wirtschaftlichen Sozialismus in Anwendung gebracht werden? Wir richten an den Vorstand des S.D.G.B., an die sozialistischen Parteien und an die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale das dringende Ersuchen, Aktionen in die Wege zu leiten, um die Sozialisierung aus den Beratungszimmern herauszunehmen und sie in den Betrieben und wenn nötig, auf der Straße zur Entscheidung zu bringen. Unsere Kollegen in Stadt und Land werden ihre Diffe nicht versagen. Drauf und dran!

Dieser Martruf scheint uns mehr zu verderben, als gut zu machen. Auch wir wollen, daß es endlich nicht mehr möglich sein darf, daß einige Begüterte ein großes Volk wirtschaftlich in Kesseln schlagen und ihren Reichtum unangefochten vermehren, während Hunderttausende keine Arbeit haben und Millionen nicht in der Lage sind, mit dem Ertrag ihrer Hände Arbeit ein auskömmliches Leben zu führen. Wir beweisen aber sehr, daß Aktionen, wie die „M.-Z.“ sie im Sinne hat, den erwünschten Erfolg bringen. Man kann wohl auf diese Weise einen Kapp-Putsch zum Zusammenbrechen bringen und eine Regierung stürzen, aber nicht eine völlig neue Wirtschaftsform einführen. Dazu sind Voraussetzungen nötig, die kein Generalstreik, kein noch so blutiger Terror gegenüber der bürgerlichen Klasse schafft. Das sollte auch die „M.-Z.“ wissen und sich in ihrem Kampf für die Sozialisierung einer größeren Umsicht befleißigen. Die gegenwärtige Situation ist an sich schon scharf und kritisch genug, es tut nicht nötig, die Erregung weiter künstlich zu schüren, um so mehr, als bei den gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnissen der Ausgang eines solchen Kampfes völlig ungewiß ist.

In einem geben wir der „Metallarbeiter-Zeitung“ aber recht: Es ist nötig, daß die Arbeiterorganisationen ihre ganze Kraft konzentrieren auf die Frage, die heute die brennendste ist. Es ist unnötig und schädlich, daß die Arbeiterschaft sich tölpelisch bekämpft und befehdet, wo doch Einigkeit des Proletariats das Heilmittel mancher Schäden sein kann.

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protokolliert der Vertreter der Gastwirte Adolf Rubin dagegen, daß nach dem Ebenholz gestern auch der Kaiserhof festgelegt worden ist. Die Behörden sollten zunächst bei den Privaten anfangen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Aussprache über die Berichte und Vorschläge des Unterausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Über die Staatssekretär a. D. Dr. August Müller referiert. Ueber die Verhandlungen dieses Unterausschusses ist in der Presse ausführlich berichtet worden, so daß sich über dieses Referat höhere Mitteilungen erübrigen.

Abg. Dr. Köstler (landwirtschaftlicher Arbeitgeber): Ein Hungererlöbisse kann den Pflug nicht so tief durch den Acker ziehen, daß der Boden guten Ertrag bringt, darum muß der Landwirt einen bestimmten Teil seiner Produkte zur Ernährung seines Viehs bestreiten. Die Verteilung für diesen Zweck ist leider abgelehnt worden. Die Wirtschaft muß sich organisch selbst umgestalten können. (Sehr richtig.)

Der unergründliche Verleumdungsumpf.

Frankfurt a. O., 11. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Bekann nachmittags fand vor der hiesigen Strafkammer des Landgerichts der Prozeß gegen den Rittergutsbesitzer v. Stünzner-Carbe statt, der am 2. Februar d. J. in öffentlicher Wählerversammlung erklärt hatte, daß die damaligen Reichsminister sich ihr Gehalt in Gold auszahlen ließen. v. Stünzner-Carbe hatte im Juni desselben Jahres in einer Versammlung zu Kersdorf weiter erklärt, daß die Reichsregierung für mehrere Millionen Mark Stiefel nach Breslau einem Juden Lewi verkauft habe, daß der Reichspräsident Genosse Ober in einem prächtigen Schloß wohne, idäne Reispferde habe, daß seine Frau reiten lerne und daß Scheidemann sich widerrechtlich in den Besitz von kaiserlichen Möbeln gesetzt habe, mit denen er seine große Wohnung ausstattete.

Auf Grund der ersten in Reubardenberg ausgesprochenen Behauptung hatte das Staatsministerium im April d. J. Straf-antrag wegen Verleumdung gestellt. Als Nebenkläger war der Reichsminister a. D. Genosse Robert Schmidt aufgetreten, der durch den Rechtsanwalt Genossen Falkenfeld, Frankfurt a. O.,

vertreten wurde. Als Zeugen waren 22 Personen erschienen unter ihnen der Generalsekretär der Deutschnationalen Volkspartei Dr. Koch und der innennationalistische Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Wilhelm Ackermann. Genosse Falkenfeld führte den Beweis, daß entgegen der Behauptung des Angeklagten, er habe die Worte, daß sich die Reichsminister ihr Gehalt in Gold auszahlen ließen, nur leichfertigerweise ausgesprochen. Stünzner-Carbe notorisch durch seine jahrzehntelange Hege gegen die Sozialdemokratie bekannt ist.

Unter den Zeugen machte sich besonders der Redakteur Wilhelm Ackermann bemerkbar, der die Kühnheit hatte, zu behaupten, daß Reichsminister eines demokratischen Regimes sich wohl auch dann am Auker halten könnten, wenn sie den ungeheuren Volksbetrua begehen, sich bei der Schlechten Valusia ihr Gehalt in Gold auszahlen zu lassen. v. Stünzner selbst erklärte seine Verteidigung als eine Kaputtelle; er wunderte sich darüber, daß wegen einer solchen Nebenklägerkeit das Staatsministerium überhaupt Strafverfolgung angeht. Das Gericht schloß sich im Arden und pünktlich den Ausführungen des Verteidigers des Nebenklägers an und verurteilte den Angeklagten wegen Verleumdung nach § 186 des Strafgesetzbuches (Verleumdung) zur höchst zulässigen Geldstrafe von 1500 Mark und zur Verurteilung sämtlicher Kosten, sowie zur Veröffentlichung des Urteils in vier verschiedenen Tageszeitungen des Bezirks, ferner zur Aushängung des Urteils an dem Hause des Gemeindevorstehers im Wohnort des Verurteilten. Der Vorsitzende erklärte, daß das Gericht das Vergehen v. Stünzners als außerordentlich schwer ansehe und die Strafe von 1500 M. durchaus nicht für angemessen erache, nur deswegen sei über diese Strafe nicht hinausgegangen worden, weil der § 186 St.G.B. eine höhere Geldstrafe nicht zulasse. Da derselbe § 186 Gesetznis bis zu zwei Jahren vorläßt und daß diese Nebenkläger gegen sozialdemokratische Redakteure in Tausenden von Fällen wegen geringfügigerer Verleumdungen verhängt worden sind, hatte man in Frankfurt augenscheinlich übersehen.

Waffenkuche in Leipzig. Am gestrigen Freitag wurde in verschiedenen Stadtvierteln Leipzig mit der Durchsuchung nach Waffen begonnen. Einzelne Strafzettel wurden von den Polizeimännern abgefordert. Die Waffenbeschuldigung erregte großes Aufsehen. Ueber das Ergebnis ist Näheres noch nicht bekannt.

Wirtschaft

Verfälschung bayerischer Brauereien.

Wie die „Münchener Zeitung“ erfährt, ist die Verfälschung zwischen der Brauerei Löwenbräu und der Unionbrauerei Schüller u. Co. über die schon lange Gerüchte umflossen, zustande gekommen. Die beiden Gesellschaften sind bekanntlich die größten Aktienunternehmungen im bayerischen Brauereigewerbe.

Wirtschaftsmotive und Marxismus. In einer kürzlich erschienenen Schrift spricht Graf v. Degenfeld-Schonburg über „die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns und der deutsche Marxismus“ (Möller-Verlag Tübingen). Der Verfasser behandelt zunächst die Motive des volkswirtschaftlichen Handelns im Kapitalismus (Individualbedürfnisse, Sozialbedürfnisse, Macht und Hoffnung, Autorität und Freiheit usw.). Sodann wendet er sich zu der Kritik der sozialistischen Lehren (Marx, Engels, Kautsky, Weber, Bernstein, Sellad u. a.). Hier werden die Motive untersucht, die für die Arbeit in der sozialistischen Gesellschaft von den Sozialisten selbst als maßgebend erachtet werden. Der dritte Teil des Buches enthält die Kritik der sozialistischen Motive, und man mag sich vorstellen, wie reichhaltig die Motive sind, und wie reichlich viel Argumente des Verfassers nicht neu und von bürocratisch-sozialistischer Seite schon gesagt sind, so sind doch einige Ausführungen, wie die Frage der „Wirtschaft“, des „Geldwertens“, des „Habens“ und „Tunmüssens“ usw. gerade für die kritischen Sozialisten anregend. Je näher die kapitalistische Gesellschaft der künftigen sozialistischen kommt, um so schärfer müssen wir kritisch die Ausgestaltung dieser im einzelnen untersuchen. Von diesem Gesichtspunkte aus kann Kritik, auch wenn sie nicht immer durchaus original ist, nicht schaden.

Groß-Berlin

Zum Darben verurteilt!

Die Not der invaliden Arbeiter, der unter der allgemeinen Forderung besonders bitter leidenden Unfall-, Invaliden- und Altersrentner, hat bis jetzt nicht die Beachtung gefunden, die man diesen Hilfsbedürftigen wünschen muß. Ueber dem Wettrennen zwischen den steigenden Lebensunterhaltskosten und den steigenden Lohn- und Gehaltsätzen — wobei die Unterhaltskosten immer voran bleiben und die Führung behalten — waren die Arbeitsinvaliden lange Zeit fast vergessen worden. Die Renten- und Gehaltsaufhebungen, die im Hinblick auf die Teuerung schließlich bewilligt wurden, sind gegenüber den ungeheuren Preissteigerungen ganz unzulänglich. Noch viel mehr als in den normalen Zeiten vor dem Kriege ist jetzt das Wort „Hungerrenten“ berechtigt.

Die meisten Rentenempfänger tragen ihr Schicksal mit einer Geduld und Ergebung, die wir immer wieder bewundern, so oft einer dieser Bedauernswerten vor uns tritt. Kürzlich haben wir in dem halbbunten Kleiderputz eines durch Unfall erblindeten und daher erwerbsunfähigen früheren Steinsehers, der uns seine jetzigen Einkommensverhältnisse angab. Für ihn und seine Frau, die wegen hochgradiger Schwäche ebenfalls nicht verdient, stehen pro Monat ganze 178 M., und 15 Pf. zur Verfügung. 178,15 M. pro Monat für zwei Personen! In dem Gesamtbetrag ist enthalten die Unfallrente des Mannes, seine Invalidenrente, eine dauernde Unterstützung vom Verband, ferner eine Krankenrente der Frau und schließlich — es ist traurig zu sagen — auch ein regelmäßiges Almosen der Stadt. Der jetzt fast 65jährige Greis richtete bei der Schilderung dieser Not seine erschöpften Augen auf uns und zeigte in seinem Gesicht eine fast heiter erscheinende Ruhe. Hinter der unangenehmen Anklage lag verborgen, die städtische Gestalt des hochgewachsenen und körperlich noch überaus kräftigen Mannes redete und strahlte sich, als er von seiner früheren Arbeit sprach. Mit Armbewegungen, wie man es nach dem gewöhnlichen Steinseherwerkzeug greifen wollte, rief er: „Ja, wenn ich nur könnte! Ich wollte schon arbeiten — denn ich habe ja noch Kraft genug dazu! Und ich kann mich auch noch büßen — sehen Sie mal!“ Er machte es uns mit einer Gelenkigkeit vor, daß er mit einem Zwanzigjährigen noch hätte konkurrieren können. Und dann hatte er die Hände und schloß leiseren Tones in ohnmächtigem Geimm: „Aber was nützt mir meine ganze Kraft! Man kann ja nicht — man ist ja lahmegeht!“

Bei seiner Arbeit hat dieser Mann im Jahre 1913 durch einen Stein splitter ein Auge verloren, worauf im Jahre 1915 auch das andere Auge in Blindheit gefallen wurde und fast völlig erlosch. Seit nun fünf Jahren ist er zum Teilern verurteilt — zum Teilern und zum Darben, wie all die anderen Arbeitsinvaliden. Wann wird durchgehende Hilfe für sie kommen?

Wildwest bei Königsmusterhausen.

Ein Verfolger erschossen.

Ein schwerer Mordüberfall, der an die Gepflogenheiten räuberischen Trappers in den Wäldern Nordamerikas erinnert, wurde gestern Abend von einer vierköpfigen Bande, ohne Zweifel Berliner Verbrecher, in dem Dorfe Sengzig bei Königsmusterhausen verübt. Am Ausgang des Dorfes hatte der 40 Jahre alte Sägewerksbesitzer Stoebert einen Weinbetrieb und auch seine Wohnung, die er mit einer Witwenkammer, einem Dienstmädchen und einem jungen Schreiber teilte. Gestern sahen diese vier Personen gegen 7 Uhr beim Abendrot, als plötzlich die Tür aufgerissen wurde und vier unbekannt Männer von 20 bis 28 Jahren eindringen. Die Bande gab ohne weiteres sechs Schüsse auf die am gemeinsamen Tische Sitzenden ab und traf Stoebert so schwer, daß er tot zusammenbrach. Auch die Witwenkammerin erhielt einen schweren Brustschuß, ist aber noch am Leben. Das Dienstmädchen und der Schreiber, die nicht getroffen wurden, ergriffen die Flucht. Die Verbrecher fürchteten wohl, daß die fliehenden Lärm schlagen und sie selbst überfallen werden würden. So entflohen ohne wesentliche Beute. Nur eine Kasse, die im ersten Stock stand, hatten sie in der Eile geöffnet, aber nichts darin gefunden. Die leere Kasse ließen sie liegen.

Nach den bisherigen Feststellungen ist nur eine Browningpistole geraubt worden. Die Landjäger von Königsmusterhausen nahen sofort die Ermittlungen und die Verfolgung der Verbrecher auf. Nach ihren Feststellungen müssen die Täter Berliner sein, die mit dem Juge gleich wieder abgefahren sind.

Ein Diamant...

Deutschland ist heute für viele Vertriebene der einst in Rußland herrschenden Kaiser das Asyl geworden. Durch das Verbot der Ausfuhr von Gold und Silber durch die russische Regierung, treffen diese Vertriebenen in Berlin ein, oft nur mit einem einzigen Schmuckstück, von dessen Verkauf sie hier ihre Existenzmittel bekräftigen wollen. So kam auch eine russische Fürstin hier an ihre aller wertvollsten, lediglich im Besitz zweier Diamanten im Werte von 100 000 M., von deren Erlös sie alles erhoffte. Bei einer Durchsichtung der Diamanten, in der die Dame die Goldstücke aufzuwahren pflegte, fand sie nur einen der beiden Steine wieder, der andere war spurlos verschwunden. Es wurde zu-

nächst angenommen, daß ein Diebstahl vorliege. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben jedoch zur Aufklärung des geheimnisvollen Verschwindens des Brillanten noch nicht geführt. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Dame den Brillanten verloren und daß ihn jemand gefunden hat, ohne seinen Wert zu kennen. Wenn dies der Fall sein sollte, so wird der Finder dringend gebeten, ihn im Zimmer 101 des Berliner Volksgesundheitsamtes abzugeben. Die Besichtigung hat eine Verlorenung von 10 Proz. des Wertes ausgesetzt. Die flüchtige Fürstin ist durch den Verlust in arge Bedrängnis geraten, da sie für ihren Lebensunterhalt nur noch die beiden Edelsteine besitzt. Der 7/8 Karat große Stein hat gelbliches Feuer und ist in Platin und Gold gefaßt.

Wieder Flugverbot nach dem Rheinland.

Nach dem neuesten Flugverbot der Entente hat die Deutsche Luft-Neuberei ihre am 15. November begonnenen Flüge Berlin—Braunschweig—Essen einstellen müssen, weil der Landungsplatz in Essen-Kottbuschen innerhalb der 50 Kilometerzone östlich des Rheins gelegen ist und nach Ansicht der Entente als militärische Befestigung gilt. Um auf allgemeinen Wunsch die wichtige Luftverbindung Berlin—Aachenbezirk aufrechtzuerhalten, werden die täglichen Postflüge von Montag ab über Braunschweig nach Dortmund und zurück geleitet. Der Postflug nach Bünde, Witten, Hagen und Paderborn ist ferner eingestellt. Weitere Anschlüsse nach Essen, Gelsenkirchen usw. sind in Vorbereitung.

Unter dem Verdacht des Schleichhandels wurde der Geschäftsführer der Konditorei Kranzler, Poppelbaum, auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft II festgenommen und nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht.

Zur Tragödie von Weidach hatte der Friedensbund der Kriegsteilnehmer gestern eine Massenkundgebung veranstaltet. Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Berlin, Medaieur Karl Vetter, rief in leidenschaftlichen Worten die Erinnerung wach an die unerschütterlichen Verdienste der Reaktion, worauf zunächst eine Entschließung angenommen wurde, in der ausgesprochen wird, daß auch die Hinterbliebenen der Opfer der erschütternden Tragödie in der Französischen Straße bis zum heutigen Tage ohne die ihnen zugehörte und zuteilende Entschädigung gelitten sind. Der Hunger der Hinterbliebenen ist eine noch schwerere Anklage gegen die verantwortlichen Stellen, als die Tatsache, daß bis zum heutigen Tage noch nichts über die Fortsetzung des Verfahrens gegen Oberleutnant v. Kessel verlautet ist. Der zweite Redner, ein früherer Marburger Student, Lehnert Medaieur, Henning, Duderstadt, fand lebhaften Beifall der Zuhörer, als er sich mit leidenschaftlichen Worten gegen die Ehrlich-Organisation wandte und als Beispiel für die Folgen einer derartigen Gründung ein graufiges Bild von dem Arbeitermord bei Weidach zeigte. Eine dazu angenommene Entschließung richtet an die Regierungen des Reiches und der Länder die dringliche Mahnung, unter keinen Umständen jemals wieder reaktionäre Freiwilligenverbände auf friedliche Landstriche loszulassen, und die den Frieden des Landes stützenden Institute der Ortschaft und besonders die des juno-deutschen Ordens Rasse nach Maßgabe der endlich auch gegen Rechts anzuwendenden Gesetze rücksichtslos zu unterbinden.

Der 18. Kreis hielt im Restaurant Borussia in Weihensee eine auf beschuldete Generalversammlung ab, um zur Befestigung des Bezirksamts Stellung zu nehmen. Genosse Godapp referierte und teilte mit, daß die Verhandlungen mit der U.S.P. und den Kommunisten ergaben, daß von den beiden Parteien verlangt wird, das Bezirksamt rein sozialistisch mit Ausschaltung der bürgerlichen Hindernisse zu befestigen, und zwar mit 7 befohlenen Stadträten. Auch über die Bürgermeisterversammlung namentliche Vorschläge gemacht, in der recht rege geführte Diskussion wurde gegen diese Befestigung Front gemacht und eine entsprechende Resolution, in der gefordert wurde, auch den Widerheiten die ihnen noch fester Stärke zustehenden Mandate zuzulassen, mit großer Majorität angenommen. — Da die Zahlstunde wegen der Kreisversammlung ausgefallen sind, finden sie am nächsten Mittwoch, den 15. d. M., statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Genie, 11. Dezember:

12. Abt. 7 Uhr Elternversammlung bei Bedrens, Tegeler Str. 22. Bericht der Ortsleitung.

Morgen, 12. Dezember:

Niederhörscheweide (15. Kreis). Kreisamtskonferenz vormittag 10 Uhr bei Gen. Kettel, Niederhörscheweide, Ordauer Str. 8. Bericht Bezirksamt. Einlesen aller Quallitäre der Abteilungen 101 bis 107 unbedingt erforderlich.

Wahlkreis Wedding. Nachmittags 4 Uhr „Märchen und Kinderlieder“ in der Aula Wilmers, Ecke Lützowstr. Eintrittskarten, Erwachsene 1,50 M., Kinder 0,50, am Eingang.

Jugendveranstaltungen.

Sohnsdorf. Verein Arbeiterjugend. Zusammenkunft Sonntag nachmittags 5 Uhr bei Deymann, Kleiderstraße.

Gewerkschaftsbewegung

Jeder nach seinem Geschmack.

Gegen den Berliner Gauleiter des Steinseherverbandes Sibura hatten wir am Montag auf Grund uns vorliegenden Materials öffentlich Anklage erhoben, daß er der schmutzigen Korruption sich schuldig gemacht habe. Nach dem uns vorliegenden Tatsachenmaterial hat Sibura, trotzdem er Gehalt von seiner Organisation erhielt, monatelang Erwerbslosenunterstützung bezogen. Von einem Unternehmer, mit dem er als Vertreter seiner Organisation tarifliche Angelegenheiten zu verhandeln hatte, ließ er sich eine Bekleidung geben, daß der Unternehmer sich verpflichtete, für Sibura einen Anzug und einen Hüter zu bezahlen. Nur dadurch, daß Sibura sich handesgemäß die Kleidungsstücke für 3000 M. bestellte, während der Unternehmer nur etwa 1000 M. bezogen hätte, wurde aus dem sauberen Geschäft nichts. Wir haben erwartet, daß Sibura wenigstens den Versuch machen würde, die von uns aufgestellten Behauptungen zu widerlegen. Aber nichts dergleichen ist geschehen. Sibura hat einen anderen Weg gewählt. In der kommunistischen „Internationale“ vom Freitag finden wir eine Notiz „Verleumdungen“. Die Notiz gibt einen Verleumdungsbericht der Steinseher und Verurteilten wieder, in der Sibura sich gegen die erlobenen Anschuldigungen zur Wehr setzt. In der Notiz heißt es: „An Hand einwandfreier Unterlagen widerlegen die einzelnen Anklagepunkte und wie noch, daß hier lediglich ein Nachsatz vorliegt, weil er auf dem Boden der dritten Internationale stände, und nachdem die Mehrheit der Mitgliedschaft sich für die kommunistische Internationale erklärt habe, wäre seitens der Verwaltung das A. K. K. streben gegen ihn inszeniert worden. Die Verleumdung nahm empörend von dieser niedrigen Handlungsweise Kenntnis und erteilte Sibura ein Vertrauensvotum.“

In ähnlichem Sinne wird auch in der heutigen Nummer der „Noten Johne“ berichtet. Die Angelegenheit wird so dargestellt, als ob Sibura und andere kommunistische Führer die verfolgten Unschuldigen seien und nur ihrer kommunistischen Anschauung wegen verdächtigt werden.

In schroffem Widerspruch zu diesem Vertrauensvotum stehen die Tatsachen, die in der von der Illustrierten Berlin des Steinseherverbandes gewählten Untersuchungskommission festgelegt wurden. Aus dem Bericht der Untersuchungskommission, die in der letzten Woche fast in Permanenz getagt hat, ergibt sich, daß Sibura nicht nur ein Verleüder, sondern auch völlig unfähig ist, eine leitende Stellung innerhalb der Organisation zu vertreten. Die Untersuchungskommission hat sich nicht nur mit den Anklagen gegen Sibura, sondern auch gegen ein anderes Vorstandsmitglied Lehmann beschäftigt müssen. Wie trostlos bestellt es mit den organisatorischen Fähigkeiten dieser Leute ist, erhärtet folgende Sätze aus dem Bericht:

Eine vorläufige Durchsicht der Bücher und der vorhandenen Belege und Leistungen zeigte ein wenig erfreuliches Bild. In bunter Reihenfolge sind die Leistungen eingeleitet worden. Zwischen solchen aus dem Jahre 1920 liegen solche, die der Kollege Gottschalk vor zwei Jahren noch verarbeitet hat. Weiter haben wir festgestellt, daß über Schungen des Vorstandes kein Protokoll geführt wurde und auch die Beschlüsse der Versammlungen nicht schriftlich niedergelegt worden sind. In dem Protokollbuch für Vorstandssitzungen ist die letzte Sitzung und deren Beschlüsse unter dem früheren Vorstand am 9. September 1919 protokolliert festgehalten worden. Seitdem ist unter dem Vorsitz Siburas kein Protokoll über irgend etwas Geldwertiges geführt worden.

Bei der Rücksprache der Untersuchungskommission mit Sibura und Lehmann verpflichteten sich die beiden, 2000 M. zur Auszahlung der Krankenunterstützung aus den Mitteln der Organisation zur Verfügung stellen zu wollen. Die beiden würdigen Herren erschienen jedoch nicht zu der vereinbarten Sitzung und ließen nichts mehr von sich hören.

Die Untersuchungskommission hat festgestellt, daß Sibura bis zum 17. Januar 1920 Erwerbslosenunterstützung bezogen hat, trotzdem er als Angestellter seiner Organisation Gehalt bezog. In der von uns behaupteten Anklage, daß Sibura von Unternehmern Gelder in persönlichen Interesse angenommen habe, wurde zunächst festgestellt, daß er gelegentlich freierlicher Verhandlungen mit einer Firma von dem Vertreter der Firma 30 M. erhalten hat, weil er über schlechte Zeiten klagte und vortrug, daß er und seine Frau kein Geld seien und daß sein Gehalt nur gering sei. Die 30 M. erhielt Sibura mit dem Bemerkten, daß er dafür seiner Frau eine Flasche Wein kaufen solle.

Wiederholte ernste Versuche der Kommission, Sibura und Lehmann zu einer Sitzung herbeizurufen, schlugen fehl. Trotz schriftlicher und mündlicher Einladung zu einer Sitzung am 9. d. M. zu erscheinen, blieben beide aus. In dieser Sitzung wurde festgestellt, daß das dritte Quartal mit der Hauptkasse noch nicht abgerechnet ist. Die letzte Abrechnung mit der Hauptkasse geschah im Juli 1920. Auf wiederholte Mahnungen des Zentralsvorstandes wurden am 22. Oktober 10 000 M. abgeliefert. Dieser Betrag ist alles, was im letzten Jahre an die Hauptkasse abgeführt wurde.

Die Untersuchung, ob Sibura bei dem Versuch, von einem Unternehmer sich einen Anzug und Hüter kaufen zu lassen, nur bestrebt gewesen sei, Unternehmern Korruption aufzubringen, kam zu dem Ergebnis, daß es zweifellos sei, daß Sibura ernstlich das Bestreben hatte, sich von dem Unternehmer persönliche Vorteile durch Lieferung eines Anzuges und eines Hüters zu verschaffen.

Die Untersuchung über weitere Schwindeltaten ist noch nicht abgeschlossen. Das bisherige Ergebnis zeigt aber bereits, daß auch das von den Berliner Steinsehern dem Sibura am 5. d. M. ausgestellte Vertrauensvotum ihm nicht zurechnen kann. Die „Internationale“ und die „Noten Johne“ beweisen einen sonderbaren Geschmack, wenn sie sich schuldig vor derartige Schändlinge der Arbeiterbewegung stellen.

Fortdauer des Leipziger Metallarbeiterstreiks.

Die Lage im Leipziger Metallarbeiterstreik ist nach einem Drahtbericht unverändert. Es streiken etwa 15 500 Arbeiter. Ein am Freitag unternommener Versuch, die Parteien vor dem Schlichtungsausschuss zusammenzubringen, kam nicht zur Durchführung, da die Sitzung der Vertagung anheimfiel.

„Wie sie kämpfen“.

Wir erhalten folgende Erklärung: Unter dem Titel „Wie sie kämpfen“ verläßt am Freitag die „Internationale“ und am Sonnabend die „Noten Johne“ in eigenartiger Weise für Aufsch zur bevorstehenden Urwahl im Metallarbeiterverband Klatsche zu machen. In den Artikeln soll nachgewiesen werden, daß es eine Verleumdung und Lüge der Rechtssozialisten und Rechtsanhangigen sei, wenn Aufsch seinerzeit der Erklärung: „Liebknecht und Rosa Luxemburg gehören an die Wand gestellt“ beschuldigt worden ist. Wenn Aufsch durchs Wort darauf brennt, daß sonstige Äußerungen aus einer Zeit, wo er die Volkswirtschaften noch mit Haut und Haaren verteidigen wollte, durch die Presse der Feindschaft übermittelte werden, so soll er seinen Willen haben.

Zunächst ist es eine echt neulommunistische Verleumdung, wenn der Wahrheit entgegen behauptet wird, „Vor die Ortverwaltung geladen, hätte mich das Verdictnis verlassen“. Vor der Ortverwaltung habe ich seinerzeit erklärt: „Aufsch hat die Meinung: „Müssen an die Wand gestellt werden“, getan. Diese Äußerung war allgemein gehalten, d. h. sie bezog sich nicht auf Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg persönlich, sondern auf ihre damaligen Anhänger im allgemeinen. Das in den nächsten Tagen stattfindende Schiedsgericht wird hoffentlich engültig in dieser Angelegenheit Klarheit schaffen.

Personal der Buchdruckerei Grebe, das an der Ausberrung beteiligt war. Versammlung Montag, 13. Nov., nachm. 4 1/2 Uhr, Kleingartenstraße 44.

Theater der Woche.

Sam 12. Dezember bis 19. Dezember.

Collalosse: 12. Toni Lang und Tora Bureberg. 13. Der Richter von Tolomea. 14. Nach Damaskus. 1. Teil. 15. u. 17. Das Räuber von Dreibrunn. 16. Rabale und Drebe. 18. u. 19. Voltaire's Tod. — Opernhaus: 12. Polierin. 14. Habeme. 15. Mona Lisa. 16. u. 19. nachm. Vertheilung der (Kolophon). 17. u. 19. F. B. 18. Amoretten, Teufelchen, F. B. 19. u. 20. — Schauspielhaus: 12. 13. 14. 15. u. 19. König Richard II. 14. 17. u. 19. Arroganz. 16. Der Gast. — Großes Schauspielhaus: 12. u. 19. Julius Caesar. 13. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — Deutsches Theater: 12. 13. u. 19. Der Arzt am Scheidewege. 14. 15. 17. u. 18. Don Carlos. 14. Der lebende Leinwand. — Kommerzien: 12. 13. u. 19. Er ist an allem schuld. Die Solter. Der Detektivroman. 13. u. 17. Die Räuber der Fandora. 14. Die deutschen Kleinbürger. 15. F. B. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — Theater in der Halleschen Straße: 12. 13. 14. u. 19. Hans. 15. Erbsitz. 14. u. 17. Der Mann. — Deutsches Opernhaus: 12. Der Mann. — 13. Alarich. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 26. 27. 28. 29. 30. 31. — 27. 28. 29. 30. 31. — 28. 29. 30. 31. — 29. 30. 31. — 30. 31. — 31.

